



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 07.08.2019

Politische, wirtschaftliche und technologische Verflechtungen Bayerns mit der Volksrepublik China

Die Volksrepublik China ist der wichtigste Wirtschaftspartner Deutschlands in Asien und gehört zu den drei wichtigsten Exportmärkten Bayerns. Der Bestand der chinesischen Direktinvestitionen in Bayern hat sich im vergangenen Jahrzehnt deutlich erhöht, u. a. durch die Übernahmen der Unternehmen Linde Hydraulics (Aschaffenburg), KUKA (Augsburg) und Preh (Bad Neustadt). Diese zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Bayern und China sind mit politischen und sicherheitstechnologischen Herausforderungen verbunden.

Daher frage ich die Staatsregierung:

- 1.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die politischen Beziehungen Bayerns zur Volksrepublik China?
- 1.2 Welche konkrete Strategie verfolgt Bayern in Hinsicht auf die aktuellen bzw. zukünftigen politischen Beziehungen mit der Volksrepublik China?
- 1.3 Wie beurteilt die Staatsregierung die wirtschaftlichen Beziehungen Bayerns mit der Volksrepublik China?

- 2.1 Welche konkrete Strategie verfolgt die Staatsregierung hinsichtlich der aktuellen bzw. zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China?
- 2.2 Inwieweit erkennt die Staatsregierung in der chinesischen Zugangsverschaffung zu bayerischen Wirtschaftsstrukturen den Versuch der politischen Einflussnahme?
- 2.3 Inwiefern sieht die Staatsregierung hier ein Gefahrenpotenzial?

- 3.1 Welche deutschen Unternehmen mit Firmensitz in Bayern wurden seit 2016 von chinesischen Investoren übernommen (bitte jahresweise nach Regierungsbezirken unter Angabe des Unternehmens und Branche aufschlüsseln)?
- 3.2 Wie haben sich chinesische Direktinvestitionen in Bayern nach Kenntnissen der Staatsregierung seit 2009 entwickelt (bitte jahresweise nach Branchen aufschlüsseln)?
- 3.3 Wie viele chinesische Unternehmen haben nach Kenntnissen der Staatsregierung aktuell Sitz bzw. Niederlassung in Bayern (bitte nach Branche und Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

- 4.1 Beteiligen sich deutsche Industrieunternehmen mit Firmensitz in Bayern an der Belt-and-Road-Initiative (BRI) der Volksrepublik China (bitte nach Unternehmen, Branchen und Regierungsbezirken aufschlüsseln)?
- 4.2 Wie schätzt die Staatsregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen der „Made in China 2025“-Strategie auf Bayern ein?
- 4.3 Welche politischen bzw. wirtschaftlichen Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um eine Konkurrenzfähigkeit mit chinesischen Herstellern in den Hochtechnologiebereichen künftig sicherzustellen?

- 5.1 Welche konkreten politischen bzw. wirtschaftlichen Maßnahmen sind hier noch geplant?

- 5.2 Wie viele Fälle von elektronischen Angriffen mit mutmaßlich chinesischem Hintergrund auf Datenbestände bzw. Telekommunikationseinrichtungen bayerischer Behörden im Zeitraum 2015–2019 sind der Staatsregierung bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach den Kategorien Datendiebstahl, Spionage und Sabotage aufschlüsseln)?
- 5.3 Wie viele Fälle von elektronischen Angriffen mit mutmaßlich chinesischem Hintergrund auf Unternehmen mit Firmensitz in Bayern sind der Staatsregierung für den Zeitraum 2015–2019 bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach den Kategorien Datendiebstahl, Spionage und Sabotage aufschlüsseln)?
- 6.1 Wie hoch schätzt die Staatsregierung den jährlichen wirtschaftlichen Schaden für die bayerische Industrie durch derartige elektronische Angriffe?
- 6.2 Wie viele Fälle von elektronischen Angriffen mit mutmaßlich chinesischem Hintergrund auf Datenbestände bzw. Telekommunikationseinrichtungen bayerischer Hochschulen im Zeitraum 2015–2019 sind der Staatsregierung bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach den Kategorien Datendiebstahl, Spionage und Sabotage aufschlüsseln)?
- 6.3 Inwiefern fördert die Staatsregierung die Entwicklung eines bayerischen Verschlüsselungscodes?
- 7.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die versuchte Einflussnahme der chinesischen Regierung auf chinesische Studierende bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Bildungs- bzw. Forschungsinstituten in Bayern?
- 7.2 Wie viele Studierende bayerischer Bildungsinstitute befanden sich seit 2018 im Rahmen eines bildungsrelevanten Austauschprogramms an chinesischen Bildungsinstituten (bitte ab Sommersemester 2018 bis Sommersemester 2019 semesterweise auflisten)?
- 7.3 Sind der Staatsregierung Fälle der versuchten Einflussnahme chinesischer Behörden auf Studierende bayerischer Bildungsinstitute, die sich im Rahmen eines bildungsrelevanten Austauschprogramms in China befanden, bekannt (bitte einzeln auflisten unter kurzer Angabe des Sachverhalts, des Studienfachs und der bayerischen sowie chinesischen Bildungsstätte)?
- 8.1 Wie viele Konfuzius-Institute gibt es aktuell in Bayern (bitte nach Standort und Regierungsbezirken auflisten)?
- 8.2 Wie schätzt die Staatsregierung den Grad der akademischen Freiheit der Lehre im Rahmen der Konfuzius-Institute ein?
- 8.3 Sind der Staatsregierung Zusammenhänge zwischen Konfuzius-Instituten und Versuchen der Industriespionage bekannt (bitte einzeln unter kurzer Angabe des Sachverhalts, der Branche bzw. des betroffenen Unternehmens auflisten)?

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im Einvernehmen mit der Staatskanzlei, dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, dem Staatsministerium für Digitales sowie dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

vom 01.10.2019

Vorbemerkung:

Soweit Anfragen von Abgeordneten Umstände betreffen, die aus Gründen des Staatswohls geheimhaltungsbedürftig sind, ist zu prüfen, ob und auf welche Weise die Geheimhaltungsbedürftigkeit mit dem parlamentarischen Informationsanspruch in Einklang gebracht werden kann (vgl. BVerfGE 124, 161 [189]).

Nach sorgfältiger Abwägung des Informationsrechts der Abgeordneten mit dem Staatswohl, das durch Bekanntwerden geheimhaltungsbedürftiger Informationen gefährdet werden könnte, ist das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration zu der Auffassung gelangt, dass die Fragen 5.2, 5.3 und 6.2 der Schriftlichen Anfrage nicht beantwortet werden können. Auskünfte hierzu würden die Wirksamkeit der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und auch die Sicherheitslage gefährden. Sie sind unter Spionageabwehraspekten besonders schutzwürdig.

Eine öffentliche Bekanntgabe detaillierter Informationen zu einzelnen Aufklärungserkenntnissen des Landesamts für Verfassungsschutz (BayLfV) im Bereich der Spionage durch elektronische Angriffe ausländischer Nachrichtendienste und damit einhergehend die Kenntnisnahme durch Unbefugte hätte erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit des Landes. Die preisgegebenen Informationen könnten insbesondere von ausländischen Nachrichtendiensten genutzt werden, um ihre Methoden und die eigene Erkenntnislage anzupassen. Die künftige Aufgabenerfüllung des BayLfV wäre somit erheblich beeinträchtigt. Hierdurch könnten signifikante Lücken mit Folgewirkungen für die Sicherheitslage im Freistaat Bayern und der Bundesrepublik Deutschland entstehen.

Auch eine VS-Einstufung und Hinterlegung der angefragten Informationen in der VS-Registratur des Landtags würde ihrer erheblichen Relevanz im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgabenerfüllung des BayLfV und das Staatswohl nicht ausreichend Rechnung tragen. Die angefragten Informationen würden gerade angesichts ihres spezifischen Detaillierungsgrades in einem so bedeutenden Maße Aufschluss über das mögliche Potenzial der Angriffe ausländischer Nachrichtendienste geben, dass eine Weitergabe der besonders geheimhaltungsbedürftigen Informationen auch gegenüber einem eng begrenzten Kreis von Empfängern nicht vertreten werden kann. Je größer der Kreis an Geheimnisträgern ist, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Geheimnisse – sei es absichtlich oder versehentlich – weitergegeben oder ausgespäht werden (vgl. BVerfGE 70, 324 [364]).

1.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die politischen Beziehungen Bayerns zur Volksrepublik China?

Die Staatsregierung unterhält regelmäßige politische Kontakte mit der Volksrepublik China, sowohl auf Ebene der Zentralregierung als auch auf Provinzebene. In jüngster Zeit waren einige hochrangige Delegationen zu Gast in Bayern. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den Partnerprovinzen Shandong und Guangdong ist sehr gut.

1.2 Welche konkrete Strategie verfolgt Bayern in Hinsicht auf die aktuellen bzw. zukünftigen politischen Beziehungen mit der Volksrepublik China?

Die Staatsregierung wird sich auch künftig um umfassende und intensive Beziehungen mit China bemühen. Dabei ist die Sicherstellung fairer und vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen für die bayerische Wirtschaft von herausgehobener Bedeutung. Gleichzeitig wirkt die Staatsregierung durch ihre Zusammenarbeit mit China auf eine gute und offene Gesamtentwicklung hin, die auch befriedende Wirkung auf soziale, ethnische und religiöse Konflikte hat. Dies schafft auch die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Menschenrechtslage.

1.3 Wie beurteilt die Staatsregierung die wirtschaftlichen Beziehungen Bayerns mit der Volksrepublik China?

In quantitativer Hinsicht ist China, gemessen am aktuellen Handelsvolumen, Bayerns wichtigster Handelspartner. Auch gemessen an der voraussichtlichen Entwicklung auf der Angebotsseite, also als Wettbewerber, wie auch auf der Nachfrageseite, ist China besonders bedeutsam für Bayern. Von zunehmender Bedeutung ist China aber auch als Kooperationspartner in Bezug auf Drittmärkte und als Investor, wobei die chinesischen Investitionen in Bayern bzw. Deutschland nach einem rasanten Anstieg zuletzt rückläufig waren. Bayerns Wirtschaft profitiert in hohem Maße von der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Chinas, weshalb die Staatsregierung die bayerische Wirtschaft bei der Erschließung des chinesischen Marktes unterstützt und Ansiedlungen bzw. Investitionen chinesischer Unternehmen in Bayern unterstützt.

Auch in qualitativer Hinsicht haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen Bayerns mit der Volksrepublik China stetig verbessert. Dies gilt für eine ganze Reihe von Bereichen, vom Schutz des geistigen Eigentums bis zur Möglichkeit, Niederlassungen zu gründen. Trotz dieser Verbesserungen besteht aber noch ein weiter Weg bis zur Schaffung eines mit Deutschland bzw. der EU vergleichbaren Marktzugangs, Investitionsschutzes, IP-Schutzes etc. Auch in Bezug auf die Rahmenbedingungen für chinesische Wettbewerber sowie für chinesische Direktinvestitionen herrscht kein sogenanntes Level Playing Field, weshalb entsprechende Instrumente zum Ausgleich bzw. zum Schutz der bayerischen bzw. deutschen Wirtschaft nach wie vor erforderlich sind.

2.1 Welche konkrete Strategie verfolgt die Staatsregierung hinsichtlich der aktuellen bzw. zukünftigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China?

Die Staatsregierung fördert die Markterschließung durch das vielfältige Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung, von der Förderung von Beratungsleistungen über die Firmengemeinschaftsbeteiligung an wichtigen Messen bis zu den Delegationsreisen zur Markterkundung und -pflege und den Auslandsrepräsentanzen. Durchschnittlich wurden durch die Staatsregierung bzw. durch die Gesellschaft Bayern International in den letzten Jahren jeweils fünf Messebeteiligungen und eine Delegationsreise durchgeführt. Zusätzlich zu den bereits seit Langem bestehenden Repräsentanzen in den Partnerprovinzen Shandong und Guangdong wurde im Jahr 2018 ein Büro in der Provinz Sichuan eröffnet.

Außerdem wird der Wirtschaftsstandort Bayern durch Invest in Bavaria regelmäßig in China und auch anlässlich von Besuchen zahlreicher chinesischer Delegationen in Bayern beworben. Chinesische Investoren werden bei ihrer Ansiedlung in Bayern unterstützt.

Ähnliches gilt für die Bewerbung des Tourismusziels Bayern, um von einer wachsenden Bevölkerung und einer kaufkräftigen, reiselustigen Mittelschicht zu profitieren.

Hinsichtlich Marktöffnung, gleicher Wettbewerbsbedingungen, Schutzrechten sowie Reziprozität im Bereich von Investitionen bringt die Staatsregierung entsprechende Forderungen zum einen direkt gegenüber den relevanten chinesischen Stellen vor, zum anderen initiiert sie Aktivitäten auf Bundesebene bzw. unterstützt sie entsprechende Aktivitäten auf Bundes- und EU-Ebene.

Als drittes Element verstärkt die Staatsregierung ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft bzw. des Wirtschaftsstandorts Bayern. Dies betrifft eine Vielzahl von Politikfeldern von der Bildung über die Forschung bis zur Infrastruktur-, Wirtschafts- und Steuerpolitik. Aufgrund der Breite und des allgemeinen, nicht chinaspezifischen Charakters erscheint eine Auflistung der einzelnen Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nicht sinnvoll (vgl. dazu aber auch die Punkte 4.3 und 5.1 mit beispielhaften Nennungen von wichtigen Maßnahmen).

2.2 Inwieweit erkennt die Staatsregierung in der chinesischen Zugangsverschaffung zu bayerischen Wirtschaftsstrukturen den Versuch der politischen Einflussnahme?

Eine starke wirtschaftliche Positionierung beinhaltet, sofern sie im Zusammenhang mit einer stark staatswirtschaftlich geprägten Wirtschaft und vielfach auf der Basis eines politisch vorgegebenen strategischen Masterplans erfolgt, auch ein Potenzial zur Einflussnahme über das unmittelbare wirtschaftliche Engagement hinaus.

2.3 Inwiefern sieht die Staatsregierung hier ein Gefahrenpotenzial?

Vor dem Hintergrund unterschiedlicher politischer Systeme und eines nicht von gleichen Wettbewerbsbedingungen geprägten Rahmens ist in Verbindung mit der Antwort auf Frage 2.2 auch ein gewisses Gefahrenpotenzial gegeben. Durch die in der Antwort auf Frage 2.1 angesprochenen Maßnahmen kann und muss dem entgegengewirkt werden.

3.1 Welche deutschen Unternehmen mit Firmensitz in Bayern wurden seit 2016 von chinesischen Investoren übernommen (bitte jahresweise nach Regierungsbezirken unter Angabe des Unternehmens und Branche aufschlüsseln)?

Der Staatsregierung liegen keine amtlichen Statistiken bzw. gesicherten Daten vor, die eine vollständige und entsprechend aufgeschlüsselte Auflistung ermöglichen.

3.2 Wie haben sich chinesische Direktinvestitionen in Bayern nach Kenntnissen der Staatsregierung seit 2009 entwickelt (bitte jahresweise nach Branchen aufschlüsseln)?

Anhand von Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank stellen sich die unmittelbaren chinesischen Direktinvestitionen in Bayern wie folgt dar:

Jahr (Stand zum Jahresende)	Unmittelbare Direktinvestitionsbestände (saldiert, in Mio. Euro)
2009	103
2010	127
2011	260
2012	261
2013	330
2014	352
2015	320
2016	639
2017	729

Quelle: Deutsche Bundesbank

Zur Aufschlüsselung dieser Investitionen nach Branchen liegen keine statistischen Daten vor.

3.3 Wie viele chinesische Unternehmen haben nach Kenntnissen der Staatsregierung aktuell Sitz bzw. Niederlassung in Bayern (bitte nach Branche und Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Staatsregierung keine amtlichen Statistiken bzw. gesicherten Daten vor, die einen vollständigen Überblick ermöglichen. Die Staatsregierung geht jedoch davon aus, dass aktuell ca. 350 chinesische Unternehmen Sitz oder Niederlassung in Bayern haben. Chinesische Direktinvestitionen zielen – soweit bekannt – vor allem auf die von der chinesischen Regierung im Plan „Made in China 2025“ definierten Branchen (u. a. Robotik, Automotive, Medizin/Pharma und Biotechnologie).

4.1 Beteiligen sich deutsche Industrieunternehmen mit Firmensitz in Bayern an der Belt-and-Road-Initiative (BRI) der Volksrepublik China (bitte nach Unternehmen, Branchen und Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Darüber hat die Staatsregierung keine Kenntnis. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie veranstaltet gemeinsam mit der NürnbergMesse GmbH und der IHK Nürnberg für Mittelfranken einen Kongress zum Thema Belt-and-Road-Initiative, um die Unternehmen über die Initiative und die damit verbundenen Chancen für eine Beteiligung sowie über Risiken zu informieren. Der Kongress hat erstmals 2018 stattgefunden, er wird am 01.10.2019 zum zweiten Mal durchgeführt.

4.2 Wie schätzt die Staatsregierung die wirtschaftlichen Auswirkungen der „Made in China 2025“-Strategie auf Bayern ein?

Die Strategie „Made in China 2025“ trägt wesentlich zu der schnellen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung Chinas bei. Damit steigt einerseits die Nachfrage Chinas nach Importen aus Bayern überdurchschnittlich an. Andererseits erwächst der bayerischen Wirtschaft auch neue und zunehmend stärkere Konkurrenz. Zumindest soweit faire Wettbewerbsbedingungen herrschen, ist die Auswirkung in der Summe positiv.

Allerdings bergen wesentliche Elemente dieser Strategie, wie z. B. staatliche Subventionierung bestimmter Branchen, staatlich gelenkte Unternehmensübernahmen in strategischen Zielbranchen, mangelnde Reziprozität in Bezug auf ausländische Investitionen in China in Verbindung mit verschiedenen Charakteristika von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in China, die Gefahr, dass die negativen Aspekte mit fortschreitender Entwicklung Chinas in der Gewichtung zunehmen. Umso wichtiger ist es, auf faire Wettbewerbsbedingungen hinzuwirken, sich gegen nicht marktwirtschaftlichen Regeln entsprechende Aktivitäten zu schützen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

4.3 Welche politischen bzw. wirtschaftlichen Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um eine Konkurrenzfähigkeit mit chinesischen Herstellern in den Hochtechnologiebereichen künftig sicherzustellen?

Die Maßnahmen der Staatsregierung zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der bayerischen Wirtschaft betreffen alle Felder staatlichen Handelns – von Bildung über Forschung bis Infrastruktur, Wirtschaft und Besteuerung (vgl. auch Antwort zu Frage 2.1).

Im Besonderen sind für die Hochtechnologiebereiche die vielfältigen Programme und Initiativen der Technologie- und Forschungsförderung, der Masterplan BAYERN DIGITAL II, das Mobilfunkförderprogramm und die Initiativen „Gründerland.Bayern“ und „Handwerk Innovativ“ zu nennen.

5.1 Welche konkreten politischen bzw. wirtschaftlichen Maßnahmen sind hier noch geplant?

Für die Hochtechnologiebereiche sind Maßnahmen von der Forschungs- und Entwicklungsförderung über Netzwerke für den Wissenstransfer bis zu Anwendungsunterstützung und Fachkräftequalifikation geplant. Als Beispiele sind hervorzuheben: Kompetenznetzwerk „Künstliche Maschinelle Intelligenz“ zur Stärkung der außeruniversitären KI-Forschung; Verstärkung der Förderung von additiver Fertigung; zusätzliche digitale

Gründerzentren außerhalb der Ballungsräume; Modernisierung überbetrieblicher Bildungsstätten; digitale Transformationsoffensive und Initiative „Handwerk Innovativ“.

Darüber hinaus setzt sich die Staatsregierung auf Bundesebene für die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zusätzliche Investitionsanreize ein. Zu nennen sind als vorrangig bezahlbare Strompreise, die Senkung von Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau, die langfristige Begrenzung der Lohnzusatzkosten, die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung und ein zeitgemäßes Arbeitszeitrecht.

5.2 Wie viele Fälle von elektronischen Angriffen mit mutmaßlich chinesischem Hintergrund auf Datenbestände bzw. Telekommunikationseinrichtungen bayerischer Behörden im Zeitraum 2015–2019 sind der Staatsregierung bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach den Kategorien Datendiebstahl, Spionage und Sabotage aufschlüsseln)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

5.3 Wie viele Fälle von elektronischen Angriffen mit mutmaßlich chinesischem Hintergrund auf Unternehmen mit Firmensitz in Bayern sind der Staatsregierung für den Zeitraum 2015–2019 bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach den Kategorien Datendiebstahl, Spionage und Sabotage aufschlüsseln)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

6.1 Wie hoch schätzt die Staatsregierung den jährlichen wirtschaftlichen Schaden für die bayerische Industrie durch derartige elektronische Angriffe?

Über die Höhe der jährlichen wirtschaftlichen Schäden der bayerischen Industrie liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor. Für die Schäden der deutschen Industrie existieren verschiedene, über die Medien veröffentlichte Studien. So geht beispielsweise die Studie des IT-Branchenverbands Bitkom von 2018 zu Spionage, Sabotage und Datendiebstahl – Wirtschaftsschutz im digitalen Zeitalter von einem Gesamtschaden von 43 Mrd. Euro für die deutsche Industrie in 2017/2018 aus. Diese und weitere Studien verdeutlichen das mögliche Gesamtmaß der Schäden in der Bundesrepublik, an denen Bayern durch den großen Anteil an der gesamten Industrie in Deutschland einen erheblichen Anteil tragen dürfte.

6.2 Wie viele Fälle von elektronischen Angriffen mit mutmaßlich chinesischem Hintergrund auf Datenbestände bzw. Telekommunikationseinrichtungen bayerischer Hochschulen im Zeitraum 2015–2019 sind der Staatsregierung bekannt (bitte jahresweise inkl. 1. Halbjahr 2019 und nach den Kategorien Datendiebstahl, Spionage und Sabotage aufschlüsseln)?

Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

6.3 Inwiefern fördert die Staatsregierung die Entwicklung eines bayerischen Verschlüsselungscodes?

Ohne kryptografische Standards können IT-Systeme nicht untereinander kommunizieren. Die derzeit gängigen Verschlüsselungsverfahren und -protokolle bzw. die zugrunde liegenden mathematischen Konzepte werden von nationalen und internationalen Experten als ausreichend sicher betrachtet. Für die praktische Schutzwirkung sind vielmehr die konkreten Einsatzparameter (z. B. Schlüssellänge) sowie die Implementierung entscheidend. Für die Zukunft sieht die Staatsregierung in der Quantenkryptografie das Potenzial, Nachrichten noch sicherer als mit bisher gängigen Technologien zu übermitteln.

Aus diesem Grund haben die Bayerische Staatsregierung und die Sächsische Staatsregierung in ihrer gemeinsamen Kabinettsitzung am 21.05.2019 beschlossen, durch gemeinsame, koordinierte Initiativen die Weiterentwicklung und Erprobung der Quantenkommunikation zu unterstützen. So wird auch die Vorreiterrolle Bayerns bei dieser Schlüsseltechnologie der Zukunft weiter ausgebaut.

7.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die versuchte Einflussnahme der chinesischen Regierung auf chinesische Studierende bzw. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an Bildungs- bzw. Forschungsinstituten in Bayern?

Bislang liegen der Staatsregierung keine Hinweise vor, dass es zu Einflussversuchen gekommen ist.

7.2 Wie viele Studierende bayerischer Bildungsinstitute befanden sich seit 2018 im Rahmen eines bildungsrelevanten Austauschprogramms an chinesischen Bildungsinstituten (bitte ab Sommersemester 2018 bis Sommersemester 2019 semesterweise auflisten)?

Die Zahl der ins Ausland gehenden Studierenden kann mangels statistischer Erfassung nicht angegeben werden.

7.3 Sind der Staatsregierung Fälle der versuchten Einflussnahme chinesischer Behörden auf Studierende bayerischer Bildungsinstitute, die sich im Rahmen eines bildungsrelevanten Austauschprogramms in China befanden, bekannt (bitte einzeln auflisten unter kurzer Angabe des Sachverhalts, des Studienfachs und der bayerischen sowie chinesischen Bildungsstätte)?

Der Staatsregierung sind solche Fälle nicht bekannt.

8.1 Wie viele Konfuzius-Institute gibt es aktuell in Bayern (bitte nach Standort und Regierungsbezirken auflisten)?

Im Regierungsbezirk Mittelfranken besteht das Konfuzius-Institut Nürnberg-Erlangen e.V. Im Regierungsbezirk Oberbayern bestehen das Audi Konfuzius-Institut Ingolstadt e.V. und das Konfuzius-Institut München e.V.

8.2 Wie schätzt die Staatsregierung den Grad der akademischen Freiheit der Lehre im Rahmen der Konfuzius-Institute ein?

Die Konfuzius-Institute in Bayern agieren weitgehend als allgemein bildende Sprach- und Kulturinstitute. Soweit die bayerischen Hochschulen mit Konfuzius-Instituten in Bayern akademisch zusammenarbeiten, tun sie dies im Rahmen der bestehenden Freiheit von Forschung und Lehre; einschränkende Vorgaben vonseiten der Konfuzius-Institute sind der Staatsregierung nicht bekannt.

8.3 Sind der Staatsregierung Zusammenhänge zwischen Konfuzius-Instituten und Versuchen der Industriespionage bekannt (bitte einzeln unter kurzer Angabe des Sachverhalts, der Branche bzw. des betroffenen Unternehmens auflisten)?

Der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse über mögliche Industriespionage durch Konfuzius-Institute vor.